

Titel: Berufsvorbereitung: drängende Fragen und neue Aufträge

Karsten Krüger

Übergang Schule/Beruf

Wenn über die Berufliche Bildung gesprochen wird, denken viele Redner und ihre Zuhörer an Berufsschulen oder an das duale System. Zweifellos, das sind gute und bewährte Bausteine für einen erfolgreichen Einstieg in den Beruf.

Ich möchte den Fokus auf die Berufsvorbereitung und die jungen Menschen zu richten, die größte Probleme haben, **überhaupt berufsbildungsreif** zu werden. Und davon gibt es viele.

Ich möchte gerne aus Sicht eines Berufsschullehrers, eines Personalrats und eines Gewerkschaftlers über die Missstände und Lösungsansätze in der Berufsvorbereitung sprechen. Also die Zeit des Übergangs von der Schule in den Beruf. Gerade in diesem Bereich gibt es dringenden Handlungsbedarf – auch im Vergleich zur Berufsausbildung. Und ich möchte vorweg an uns **appellieren:**

Wir, Betriebsräte und Personalräte, müssen kompromissloser einfordern, was nötig ist. Und den Verantwortlichen in Schulleitungen, in der Bildungsbehörde und in den Parteien sagen, dass viel auf dem Spiel steht.

In **meiner Praktikumsklasse** an der Allgemeinen Berufsbildenden Schule in Walle sind 16 Jugendliche: 12 haben die Berufsbildungsreife. Das ist der frühere Hauptschulabschluss. 4 haben den Mittleren Schulabschluss, der frühere Realschulabschluss.

Aber alle haben keinen Ausbildungsplatz gefunden und alle unterschiedlichste Problemlagen mitgebracht, Sie haben – wenn sie im Sommer 2019 einen Ausbildungsplatz finden sollten, kaum Chancen eine Lehre erfolgreich zu beenden. Dafür brauchen viele von ihnen viel **mehr Bildungszeit** als die 12 Schulpflichtjahre.

Chancengleichheit?

Eine gute Berufsvorbereitung braucht als Basis professionelle Strukturen. Aber sie muss auch für **Chancengleichheit** sorgen. Um das hinzukriegen, muss eine soziale Bildungsinfrastruktur vorhanden sein. Dazu zu gehören gut ausgestattete Berufsbildende Schulen und natürlich auch gut ausgebildete Lehrkräfte.

Aber es gibt große Mängel. Die oft sehr **heterogene** Schülerschaft wird immer häufiger von Lehrkräften unterrichtet, die in einer größeren Anzahl als an Oberschulen oder Gymnasien nicht voll ausgebildet sind. Studierende, Uni-Absolventen ohne Referendariat, Quer- und Seiteneinsteiger stehen vermehrt in den Klassen. Sie haben wenig Berufserfahrung und sind logischerweise öfter überfordert.

Gerade im **Umgang** mit pädagogisch schwierigen Schülerinnen und Schülern braucht es gute, erfahrende Lehrkräfte. Berufsschuldirektoren stellen mit ihrem eigenen Schuletat aber häufig nicht voll Ausgebildete ein, um kurzfristig Personallücken schließen zu können. Bildungspolitiker und Personalräte dürfen das nicht zulassen.

Die vorhin angesprochene **Chancengleichheit** brauchen vor allem die, die in Problemvierteln groß werden, die ein bildungsfernes Umfeld haben, die keinen oder nur einen mäßigen Schulabschluss geschafft haben oder die als Geflüchtete nach Bremen gekommen sind. Sie haben alle ein Recht auf Bildung, 12 Jahre lang. Und sie bekommen aber ein Übergangssystem, das - moderat ausgedrückt - suboptimal ist.

Das zeigen die vielen Reformen an diesem System in den vergangenen Jahren:

Erstes Beispiel:

Die **Jugendberufsagentur**, kurz JBA. Sie ist 2015 mit ihrem Wahlkampflogan „Keiner darf verloren gehen“ an den Start gegangen.

Sie soll allen jungen Menschen unter 25 Jahren, Berufsperspektiven aufzeigen und Lösungen organisieren. Aber trotzdem gehen viele junge Menschen verloren.

Warum gehen viele verloren? Dafür gibt es Gründe: Da ist der Datenschutz, der natürlich sein muss. Er verhindert aber oft die Kontaktaufnahme oder die Kommunikation. Da sind JBA-Kooperationspartner, die nicht immer sinnvoll kooperieren, und da ist ein Ansatz, der die jungen Menschen eher als passive Masse behandelt. Die beste Lösung für den Einzelnen wird oft nicht gefunden – eine zielgruppengerechte Ansprache fehlt. Die JBA muss man noch stärker in das Bewusstsein aller Beteiligten bringen.

Wirtschaftssenator Martin Günthner sagt: „Mit der JBA kommen wir dem Ziel erheblich näher, alle Jugendlichen zu einer beruflichen Ausbildung zu führen.“ Ich sage: Nein, das stimmt nicht.

Günthner weiter: „Bis zur Erreichung des Ziels haben wir noch einen anspruchsvollen Weg vor uns.“ Ja, das stimmt. Ein sehr anspruchsvoller Weg.

Günthner am Schluss der Pressemitteilung: „Wir werden der Arbeitslosigkeit den Nachwuchs nehmen.“ Das ist eine sehr ambitionierte Aussage.

Zweites Beispiel:

Die neue Verordnung AVBG. Das heißt ausgesprochen **Ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge**. Auch sie soll dabei helfen, den Übergang in den Beruf zu verbessern. Sie ist seit März 2017 in Kraft. Auch hier gibt es massivste Schwierigkeiten. Ein wichtiger Teil dieser Bildungsgänge sind die Praktikumsklassen (das heißt für die Schülerinnen und Schüler 2 Tage Schule, 3 Tage Praktikum).

Diese **Praktikumsklassen** sind zuletzt massiv ausgebaut worden. Ein Grund dafür sind die geringeren Kosten. Zwei Tage Schule sind deutlich billiger als fünf. Die teureren Vollzeitbildungsgänge sind dafür eingespart worden.

Das Dilemma in den Praktikumsklassen zeigt sich auch in einer Vorlage der Bildungsbehörde, die morgen in der Deputation beraten wird. Dort heißt es: 233 von 499 Schülerinnen und Schüler in den Praktikumsklassen erreichten das Ziel des Bildungsgangs – das sind weniger als 50 Prozent. Das ist schlimm genug. Aber das Hauptkriterium für das Gelingen sind acht Wochen erfolgreiches Praktikum, nur acht Wochen. Das Schuljahr hat aber 40 Wochen. Obwohl nur 20 Prozent dieser Zeit gefordert sind, scheitern mehr als die Hälfte.

Woran liegt das? Weil die meisten Schülerinnen und Schüler weder berufsbildungsreif noch praktikumsreif sind. Vor zehn, 15 Jahren war das noch wesentlich besser. Da hatten bis zu 80 Prozent am Ende des Jahres einen Ausbildungsplatz. Heute sind wir froh, wenn wir zwei, drei Schülerinnen und Schüler in die Lehre bringen.

Aber wie konnte sich die **Quote** so verschlechtern?

Leistungsschwache 15- und 16-Jährige können einen allgemeinbildenden Schulabschluss trotz schlechter Noten und hoher Fehlzeiten bekommen. Ein Beispiel aus meiner Praktikumsklasse zeigt das: mehrere Fünfen und eine Sechs standen im Zeugnis und unten dazu noch 62 unentschuldigte Fehltag. Trotzdem bekam die Schülerin die einfache Berufsbildungsreife, weil sie am Schuljahresende die Abschlussprüfung bestand.

Solche Abschlüsse zu vergeben, schön die Statistik, aber hilft den Schülerinnen und Schüler nicht. Mit diesem Zeugnis hat die Schülerin natürlich keine Chance auf einen Ausbildungsplatz – trotz drei guter Praktika in meiner Klasse. Und eine weiterführende Schule? Keine Chance bei den Noten.

Ein Dilemma für die Schülerin. Dann haben wir sie schulintern in eine Vollzeitklasse wechseln lassen. Das ist übrigens nach der neuen AVBG-VO nicht vorgesehen. Jetzt kann sie aber ihren schlechten Abschluss verbessern. Sie hat wieder eine Perspektive und ein bisschen längere Bildungszeit. Also: eine pädagogisch sinnvolle Aktion im Graubereich.

Noch deutlich schwerer haben es junge **Geflüchtete**. Sie müssen schnell Deutsch lernen und sich an vieles andere in einem fremden Land gewöhnen. Wenn sie nach Wartezeit an einer Berufsschule landen, haben sie nur zwei Jahre Zeit sich in Sprach- und Berufsorientierungsklassen auf den Einstieg in die Berufswelt vorzubereiten. Das ist entschieden zu wenig Zeit, um realistische Chancen zu haben. Sobald die Flüchtlinge nicht mehr schulpflichtig sind, zieht sich der Staat, das Land Bremen, zurück.

Ein weiteres Dilemma für fast alle.

Ihr Recht auf Bildung muss unbedingt verlängert werden. Das ist eine soziale Pflicht für alle Verantwortlichen. Das müssen wir schaffen.

Forderungen

Zum Schluss möchte ich gerne einen **Wunsch** äußern: Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräte dürfen nicht nachlassen – **nein**, sie müssen stärker als bisher darauf drängen, die Bedarfe in der Berufsvorbereitung einzufordern.

Ich habe persönlich nämlich **keine Lust** mehr auf Dilemma und Verschlechterungen. Ich möchte nicht, dass meine Arbeit und die meiner Kollegen verpufft. Ich möchte meine Schülerinnen und Schüler nicht oft perspektivlos in die Zukunft entlassen.

Aber der Bildungsetat und die Ressourcen sind nicht **üppig**. Und das wird auch nach der Bürgerschaftswahl im Mai 2019 so sein. Falls die SPD weiter für die Bildung und die Berufsvorbereitung verantwortlich ist, ist eins jetzt schon klar: die 200 Millionen Euro mehr pro Jahr für die Bildung, die wahlversprochen sind, sind schnell ausgegeben. Die Sanierung und der Bau von Schulgebäuden kostet alleine schon mehr als eine Milliarde Euro.

Wahlversprochen ist auch, dass das Ausgabenniveau pro Schüler und Jahr steigt. Und zwar auf das Niveau der anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Hier wird weniger als 7.000 Euro ausgegeben, dort mehr als 8.000 Euro. Das ist eine bis zu 20 Prozent große Lücke. **Ganz ehrlich**, diese Lücke zu schließen, traue ich dem Senat nicht mehr zu.

Junge Menschen brauchen Chancen, wenn es sein muss – auch mehr als eine. Sie müssen die Möglichkeit haben, sich so gut wie möglich für einen Beruf vor- und ausbilden zu lassen, so dass sie später auch Arbeitgeber finden, bei denen sie ihre Fähigkeiten einbringen können.

Und die vernünftige Tariflöhne zahlen und sichere Jobs bieten. Bei der Fluggesellschaft, von der wir jetzt noch hören, gibt es da ja große Probleme.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

Ich wünsche Euch weiterhin viel Erfolg bei Eurer so wichtigen Aufgabe.